

DIE ALBANISCHE FRAGE – ENTWICKLUNGSSZENARIOEN UND STEUERUNGSINSTRUMENTE

The Europeans and the Americans [...] will point their fingers at the Albanians and accuse the victims of the greatest persecution at the end of the century for turning to persecute others in Kosovo, for allowing fascism to be repeated. They will be right. And those who think these actions will end once the last Serbs have left Kosovo will be wrong. It will be the Albanians' turn once more, only this time at the hands of other Albanians. We fought for this?

Veton Surroi in New York Review of Books, XLVI. Jg., Nr. 15 (7. Oktober 1999), S. 21.

Die im Motto von Veton Surroi, dem Herausgeber der kosovo-albanischen Wochenzeitung "Koha Ditore" gestellte Prognose deckt sich mittlerweile nicht nur mit der Wirklichkeit, sondern zudem mit einer Erkenntnis der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung: Aufstandsgewalt ethnonationaler Prägung kommt mit "Sieg" oder "Niederlage" in aller Regel nicht zum Stillstand, sondern diffundiert zu krimineller Gewalt. Ebenso wie im Frühjahr 1999 kosovo-albanische Flüchtlinge in Albanien von ortsansässigen Mafiosi überfallen und ausgeraubt wurden, werden etliche der nach Kosovo Zurückgekehrten heute von ihren selbsternannten "Befreier", der demobilisierten UÇK, aus politischen Gründen drangsaliiert, misshandelt oder gar ermordet. Kann angesichts solcher Zustände überhaupt mit Begriffen wie dem eines gesamtalbanischen Nationalgefühls, gar einer pan-albanischen Bewegung gesprochen werden?

Eine oder viele Albanische Frage(n)?

"Die Religion des Albaners", so um 1880 der albanische Dichter Pashko Vasa, "ist das Albanertum!" Und auch die Mehrzahl der internationalen Beobachter in Politik und Medien scheint pan-albanische Bestrebungen mit dem Ziel eines "Sammelns der albanischen Erde" und deren staatliche Vereinigung in einem "Großalbanien" für ein ebenso reales wie potentiell gefährliches Phänomen zu halten. Allerdings ist die Quellenbasis, auf die sich dergleichen Vermutungen zu stützen pflegen, für gewöhnlich schmal. In aller Regel handelt es sich um vereinzelte Äußerungen extremistischer oder politisch anderweitig marginaler Faktoren auf albanischer Seite, primär aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre, vor allem aber um offizielle wie offiziöse Verlautbarungen verschwörungstheoretischer Observanz aus Belgrad, gelegentlich sogar aus Athen. Auch gibt es weder von albanischer noch von internationaler Seite ernsthafte Ansätze dazu, mutmaßlich pan-albanische Gefühle empirisch-demoskopisch zu überprüfen – eine Unternehmung, die in technischer wie finanzieller Hinsicht mit bescheidenem Aufwand realisierbar erscheint. Zwar hat das British Foreign and Commonwealth Office im September 1999 einen "Kosovar Refugees in Albania Poll" durchgeführt, doch tauchten darin Fragen der genannten Art nicht auf. Mit anderen Worten: es fehlt an aktuellen handfesten Belegen für eine pan-albanische Strategie. Vielmehr spricht sowohl in historischer Perspektive wie gerade auch mit Blick auf die Gegenwart etliches dafür, dass die national-romantische Sichtweise vom Pan-Albanismus als der "Religion des Albaners" im ausgehenden 20. Jahrhundert ebenso wenig zutreffend ist, wie sie es im Grunde genommen auch am Ende des 19. Jahrhunderts gewesen ist. Entsprechend haben sich die von tiefen religiösen, dialektalen, kulturellen, gesellschaftlichen und regionalen Trennlinien durchschnittenen südosteuropäischen Siedlungsgebiete der Albaner im Zeitalter des Nationalismus lediglich zweimal in ein und demselben Staat befunden. Dieser war in beiden Fällen bezeichnenderweise ein nicht-albanischer – bis 1913 das Osmanische Reich und 1941-1943 das Italien Mussolinis. In der Interimsperiode 1913-1941 sowie im Zeitraum 1944-1991 lebten Albaner daher nicht nur als Titularnation in Albanien, sondern auch als nationale Minderheiten in den Nachbarstaaten Griechenland und Serbien bzw. ab 1918 in Jugoslawien. Hinzu kam, dass diese Minderheiten mit der "Mutternation" aufgrund vielfältiger politischer

Hemmnisse wenn überhaupt, dann nur lose Verbindung hielten. Wenn nach Karl W. Deutsch soziale Kommunikation der Transmissionsriemen für Nationalismus ist, dann ist der niedrige Grad an Pan-Albanismus wenig verwunderlich.

Die skizzierte historische Zersplitterung der albanischen Bevölkerung des Balkans verstärkte sich noch in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Zunächst teilte sich 1991 die Südhälfte des Titoschen Jugoslawien zum einen in die Republik Mazedonien mit ihrem kompakt albanisch besiedelten Westen und Nordwesten; zum anderen in die Bundesrepublik (Rest-)Jugoslawien mit dem mehrheitlich albanischen Kosovo (Kosova) im Südwesten der Teilrepublik Serbien, mit der neuerdings "Ost-Kosovo" genannten und gleichfalls dicht albanisch besiedelten Region um Preševo (Presheva), Bujanovac (Bujanovc) und Medvedja (Medvegja) im äußersten Süden derselben Teilrepublik sowie schließlich mit der Teilrepublik Montenegro, deren Süden und Osten gleichfalls starke albanische Bevölkerungsanteile aufweisen. Die sodann im Zuge der zweiten Runde des Kosovo-Krieges 1999 erfolgte de facto-Ausgliederung des "internationalen Protektoratsgebietes" Kosovo aus dem Staatsverband der BR Jugoslawien, die Entmilitarisierung einer fünf Kilometer tiefen Grenzzone auf der serbischen Seite der Grenze zu Kosovo (gemäß dem militärisch-technischen Abkommen zwischen der NATO und der Armee Jugoslawiens [Vojska Jugoslavije] vom 9. Juni 1999) sowie die Erosion der jugoslawischen Föderation, bewirkt durch Eigenstaatlichkeitsbestrebungen der montenegrinischen Teilrepublik, haben zu weiterer Diversifizierung beigetragen.

Gegenwärtig stellen die rund 5,6 Millionen Albaner des Balkans die Bevölkerungsmehrheit bzw. -minderheit in insgesamt sechs Staaten bzw. staatsähnlichen Gebilden wie Teilrepubliken oder Protektoratsgebieten, als da sind:

- Republik Albanien (rund 3,1 Millionen bzw. rund 98 %)
- "Internationales Protektoratsgebiet" Kosovo innerhalb der BR Jugoslawien (rund 1,9 Millionen bzw. rund 95 %)
- Republik Mazedonien (1994: 443.000 bzw. rund 22,9 %)
- Teilrepublik Montenegro innerhalb der BR Jugoslawien (rund 50.000 bzw. rund 7 %)
- Teilrepublik Serbien innerhalb der BR Jugoslawien (rund 80.000 bzw. rund 1 %)
- Griechenland (rund 50.000 bzw. rund 0,5 % autochthone christlich-orthodoxe Arvaniten und muslimische Çamëria-Albanern – neben rund 400.000 allochthonen Arbeitsmigranten aus Albanien).

Hinzu kommen kleine und kleinste albanische Minderheiten autochthoner Art in Italien (Arboreschen in Kalabrien und Sizilien), Bulgarien (Mandrica), Türkei (Istanbul) und Ukraine (Region Zaporizž'ja) sowie die albanische Polit- und Arbeitsemigration in Nordamerika und Westeuropa. Und zwar hier vor allem in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Schweden sowie in Osteuropa, dort primär in der Tschechischen Republik und – weiter südlich – in den jugoslawischen Nachfolgestaaten Kroatien und Slowenien.

Die zwischen Albanern und Nicht-Albanern in den genannten Staaten und Gesellschaften des Balkans wirksamen interethnischen Spannungen, die stellenweise die Form ethnopolitischer Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen (im Falle des Kosovo-Konflikts 1999 gar diejenige eines Staatenkrieges) angenommen haben – all diese Friktionen werden von der Mehrzahl der Konfliktakteure wie auch und gerade von außenstehenden Beobachtern häufig unter dem besagten Rubrum "Albanische Frage" subsumiert. Damit wird nicht nur ein synchroner Zusammenhang der genannten Konfliktphänomene postuliert, sondern zugleich in diachroner Linie an die Orientalische Frage des "langen" 19. Jahrhunderts und damit auch an ihren seit den 1870er Jahren virulenten Unterbereich der historischen Albanischen Frage angeknüpft. Die Albanische Frage nimmt sich in dieser zwar historisierenden, im Kern jedoch

unhistorischen Perspektive als ein aus der Vergangenheit in die Gegenwart hinein ragendes Konfliktbündel aus, des entweder durch die Befriedigung der Maximalforderungen albanischer Extremisten mittels "Wiedervereinigung" sämtlicher außerhalb des albanischen Nationalstaats liegender Siedlungsgebiete der Albaner oder aber – so die Vorstellung anti-albanischer Extremisten – durch "ethnische Säuberung" des überwiegenden Teils, wenn nicht gar aller dieser Siedlungsgebiete zu "lösen" ist.

Eine Albanische Frage dieser Art, also ein ethnopolitischer Territorialkonflikt, in dem die eine Seite das Ziel von Sezessionen zum Zwecke eines neuen staatlichen Zusammenschlusses verfolgt, existiert derzeit nicht. Dennoch gibt es eine gleichsam "interne" Albanische Frage, deren Kern die Frage nach dem Kohäsionsgrad der albanisch geprägten Gesellschaften des Balkans bildet. Denn es ist eben das heute eindeutig schwache Zusammengehörigkeitsgefühl der Albaner, welches nationalistisch argumentierenden Vordenkern Sorge bereitet. Die nicht erst seit 1913 anhaltende staatliche Zersplitterung sowie die jeweils unterschiedlichen Prozesse forciert gesellschafterlicher Modernisierung im Verlaufe des 20. Jahrhunderts haben die albanischen Teilgesellschaften Mazedoniens, Kosovos, Montenegros und Albanien ganz unterschiedliche Entwicklungswege einschlagen lassen. Entsprechend handelt es sich bei den beiden wichtigsten Staatsgrenzen, die das Siedlungsgebiet der Albaner durchschneiden und es in Albanien, Kosovo und Westmazedonien trennen, jeweils um gewissermaßen Bündel einer ganzen Reihe von Grenzen politischer, kultureller, religiöser, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und anderer Art, deren trennende Wirkung sich gerade im vergangenen Jahrzehnt weiter verstärkt hat:

- Die 1991 ihre Versteinerung aufbrechende Gesellschaft der Republik Albanien ereilte 1997 ein totaler Kollaps staatlicher Strukturen, das Ende aller inneren Sicherheit. Seitdem ist dieses Dritte-Welt-Land in Europa de facto ein gemeinsames Schutzgebiet von WEU, NATO, OSZE und EU, in dem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft über erste Ansätze nicht hinausgekommen sind. Stattdessen haben Korruption, Ämterkauf, Waffenschmuggel, Drogenhandel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität und illegale Massenflucht eine bis dahin ungekannte "Blüte" erreicht. Die politische "Elite" des Landes kennzeichnet primär Machthunger, kaum hingegen Professionalität. Die Attraktivität des "Modells Albanien" für Albaner außerhalb Albanien strebt entsprechend gegen Null.
- Die Albaner Westmazedoniens sowie der nordmakedonischen Städte Skopje und Kumanovo, die, anders als die Kosovo-Albaner, im Jugoslawien Titos nie Autonomierechte besaßen, haben auf den Zerfall der Föderation anfänglich mit zentrifugalen Tendenzen reagiert, dann aber ein Stillhalteabkommen mit der Titulnation der neuen Republik Mazedonien geschlossen. Der sich 1997 radikalierende Kurs der albanischen Elite im benachbarten Kosovo, der unter Führung der UÇK 1998 in den Krieg führte, bestärkte die makedonischen Albaner in ihrer Politik der Risikovermeidung sowie der Priorität wirtschaftlicher Prosperität. Die "Woge" von 335.000 kosovo-albanischen Flüchtlingen, die im Frühjahr 1999 nach Mazedonien "schwappte", bewirkte dann den politischen Bruch zwischen den albanischen Eliten der beiden post-jugoslawischen Regionen. Die albanische Minderheit Mazedoniens machte nun ihren Frieden mit dem neuen Staat und begann sich von der politischen und kulturellen Vormundschaft durch die Kosovoelite zu emanzipieren. Der mit der Wiedereröffnung der albanischen Universität Pristina einsetzende dramatische Bedeutungsverfall der "Universitätsfrage" in Mazedonien, d.h. des Konflikts um die "illegale" albanische Universität in Tetovo, belegt dies.
- Der "alten" politischen Elite der Kosovo-Albaner, die als einzige über professionell agierende Berufspolitiker verfügt und in den Jahren der Territorialautonomie 1974-1989 sowie des Schattenstaates 1990-1998 erhebliche politische Erfahrung erworben

hat, droht derzeit die Marginalisierung durch eine "neue" und radikale Elite aus den Reihen der UÇK. Die bis 1998 im Kosovo intensiv geführte Diskussion über eine Reföderalisierung Rest-Jugoslawiens, über ein kosovo-albanisches "Südtirol" innerhalb Serbiens oder über einen Kosovo und Serbien umfassenden Staatenbund "Balkania" ist abgebrochen; die (Schein-)Alternative lautet derzeit "Eigenstaatlichkeit" oder "Wiedervereinigung". Die Selbstsuggestion der UÇK, sie habe mit Hilfe der NATO den Krieg gegen Belgrad gewonnen, hat eine Diskussion über die 1997 gewählte Hochrisikostategie seit 1997, die in Vertreibung, Vernichtung und Zerstörung resultierte, gar nicht erst aufkommen lassen. Das kosovo-albanische Syndrom eigener Überlegenheit über die Albaner andernorts ist in seiner UÇK-Variante besonders ausgeprägt.

Bei Übernahme albanischer Auto- und Heterostereotypen könnte man also die Elite der Kosovo-Albaner als "intellektuelle Hasardeure", die makedonischen Albaner als "wohlhabende Feiglinge" und die Albaner Albaniens schließlich als "brutale Tollpatsche" charakterisieren – drei höchst unterschiedlich normierte Gesellschaften, deren Meinung übereinander entsprechend ganz überwiegend negativ ist. Quer zu diesen die heute von Albanern bewohnten Teile des Balkans durchziehenden Staatsgrenzen mit ihrer starken gesellschaftlichen Prägekraft läuft die inneralbanische Dialekt- und Kulturscheide zwischen Gegen im Norden und Tosken im Süden von Shkumbi-Fluss und Prespa-See. Zwar hält noch das 1972 zwischen der Albanischen Akademie der Wissenschaften in Tirana und der Akademie der Wissenschaften und Künste des Kosovo geschlossene Abkommen über eine einheitliche albanische Standardsprache, die auf dem Toskischen basiert, doch 1999 stellten prominente kosovo-albanische Publizisten die Übereinkunft durch Verwendung eines bislang nicht standardisierten gegischen Kulturdialekts in Frage. Die Trennlinie zwischen Gegen und Tosken weist zudem eine ganze Reihe anderer, partiell gravierenderer Dimensionen auf: politisch gesehen ist der toskische Süden Albaniens nicht nur die Heimat des langjährigen Diktators Enver Hoxha und seines Clans sondern auch die Hochburg seiner unfreiwilligen Erben, also der albanischen (Post-)Sozialisten, die derzeit die Regierung stellen. Der gegische Landesteil ist hingegen die Bastion des sich als Demokratische Partei bezeichnenden politischen Clannetzes um den früheren Präsidenten Salih Berisha. Untermuert wird diese Nord-Süd-Dichotomie durch stark unterschiedliche Rechtskulturen: die Eigentumsstrukturen im Norden sind bis heute stammesgesellschaftlich geprägt, d.h. Vererbung geht ausschließlich patrilinear sowie innerhalb von Großfamilien vonstatten. Der Norden ist zugleich der Geltungsbereich des kanun, der modernen Adaption eines frühneuzeitlichen Gewohnheitsrechtes, dessen Blutrachebestimmungen das öffentliche Leben in einigen Regionen zum Erliegen gebracht haben. Zu diesen inneralbanischen Phänomenen kommt, dass der albanische Norden – gleich dem Kosovo und Westmazedonien – in religiöser Hinsicht nahezu ausschließlich muslimisch geprägt ist, sieht man von den Katholiken um Shkodër ab – im Unterschied zum multiethnischen und auch religiös gemischten Süden Albaniens, in dem neben albanischen Muslimen auch christlich-orthodoxe Albaner und Griechen leben. Hinzu kommt, dass der Derwischorden der liberalen Bektaschi, diese neben Sunniten, Katholiken und Orthodoxen "vierte Konfession" der Albaner, im Süden stark im Vormarsch ist und ca. ein Viertel aller Muslime zu seinen Anhängern zählt. Während die Gegen-Tosken-Linie die Gesellschaft der Republik Albanien in der eben beschriebenen Weise zerschneidet, scheint sie auf den ersten Blick die "ex-jugoslawischen" Albaner zu einen. Dass dies ein Trugschluss ist, belegen die oben skizzierten tiefgreifenden Differenzen im Denken der Eliten des Kosovo und Westmazedoniens.

In der Sicht der internationalen Gemeinschaft und der internationalen Medien wird das Vorhandensein einer Albanischen Frage nahezu einhellig angenommen, desgleichen die Vorstellung, die Versatzstücke dieser Frage seien gleich kommunizierenden Röhren miteinander verbunden. Ein aus Belgrader Vormundschaft entlassenes Kosovo, so diese

Sichtweise, führe gleichsam zwingend zu zentrifugalen Tendenzen der Albaner Mazedoniens – mit dem Endergebnis staatlicher "Wiedervereinigung" beider Gebiete mit dem "Vaterland". In der Regel werden dabei die dieser Annahme bzw. Annahmekennte zugrundeliegenden Prämissen ebenso wenig eigens überprüft wie dies bei der Übernahme der Pan-Albanismus-Perspektive der Fall ist. Ob es heute eine Albanische Frage auf dem Balkan gibt oder nicht, ist also keine Frage widerstreitender empirischer Befunde, sondern eine des eingenommenen Standpunktes. In historischer Perspektive hat es eine Albanische Frage auf derselben Intensitätsstufe, wie es eine Mazedonische Frage, ja selbst eine Aromunische, Thrakische, Bessarabische oder Epirotische im "langen" 19. Jahrhundert gab, eigentlich nie gegeben. Es waren so gut wie nie albanische Nationalisten, die den Balkan in Bürger- und Staatenkriege getrieben haben, sondern fast immer die rivalisierenden Nationalismen orthodoxer Südslawen. Was es indes zweifelsohne bis heute gibt, das ist eine Albanische Frage im Denken albanischer Extremisten in Albanien, Kosovo und Mazedonien sowie vor allem in der westeuropäischen Emigration. Und unbestritten gibt es einen post-jugoslawischen Konfliktknoten, bestehend aus Serbien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien, dessen einzelne Regionalkomponenten jeweils auch eine albanische Dimension aufweisen. Entscheidend scheint diese Gemeinsamkeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowie in mittelfristiger Perspektive indes nicht zu sein. Wenn überhaupt diesbezüglich eine Wende eintreten kann, dann nur langfristig. Die Voraussetzung hierfür ist, dass Albanien zum Führen einer "nationalen" Außenpolitik fähig ist. Dies wiederum setzt eine umfassende Konsolidierung dieses Staates voraus – eine Entwicklung, die bislang nur zaghaft begonnen hat und mitnichten unumkehrbar erscheint. Sie wird die aktive Lebenszeit einer, wenn nicht gar mehrerer Generationen erfordern. Der Balkan mag zwar nicht "safe for democracy" sein, doch ist er bis auf weiteres gefeit gegen die "Wiederkehr" historischer Fragen, wie es die Albanische ist.

Ungeachtet der gemeinsamen Ausgangsbasis, also der Annahme einer Staaten und Gesellschaften des Balkans transzendierenden Albanischen Frage, unterscheiden sich die Präferenzen, welche die verschiedenen internationalen Akteure bezüglich einer konstruktiven Bearbeitung des Problems haben:

- Die stark "werteorientierten" unter den internationalen Organisationen wie die UN, die OSZE und der Europarat, aber auch die EU, haben sich mit Blick auf Südosteuropa allgemein sowie auf diejenigen Staaten mit albanischen Bevölkerungsanteilen im besonderen das Konzept der Stärkung bzw. – wo erforderlich – der Rekonstruktion multiethnischer Gesellschaften mittels Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen auf die Fahnen geschrieben. Das Kraftfeld rivalisierender Ethnonationalismen, so dieses Konzept, ist durch politische Einflussnahme und ökonomische Anreize so weit zu reduzieren, dass die vor 1989/91 bzw. zumindest vor 1913 als gegeben angenommene interethnische Harmonie wieder vorherrscht. Damit, so die optimistische Annahme, kann der territoriale status quo beibehalten bzw. der status quo ante in absehbarer Frist wiederhergestellt werden.
- Primär militärisch ausgerichtete internationale Organisationen wie die NATO sehen ungeachtet ihrer durch nicht-militärische Gegenstücke wie den UN erteilten Mandate die Umwandlung von innerstaatlichen Verwaltungsgrenzen in internationale Staatsgrenzen in stark asymmetrischen Konfliktfällen wie demjenigen des Kosovos als praktikable Alternative an – auch wenn sie nicht den "Fehler" begehen, dies öffentlich zu bekunden. In dieser eher pragmatischen denn werteorientierten Perspektive stehen innere und äußere Sicherheit im Vordergrund, wobei der "Nebeneffekt" einer ethnischen "Entmischung" nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern als regelrecht stabilisierend gewertet wird.

- Nur geringe Bedeutung kommt im politischen wie im militärischen Bereich Lösungskonzepten zu, die auf Dezentralisierung in Form von lokaler Selbstverwaltung, territorial oder personal begründete Autonomiemodelle oder auf föderative Konstruktionen zielen.
- Gleichfalls wenig prominent sind Ansätze zu einer parallelen Devolution des Nationalstaates mittels Einbindung in supranationale Strukturen, etwa solche konföderativer Art. Das ursprünglich aristokratische, dann vom Sozialismus und schließlich vom Kommunismus übernommene Konzept einer Balkanföderation, wie es bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein zumindest diskutiert wurde, ist heute, wenn nicht gänzlich tot, so doch im "Koma".

Die genannten Teile des westlichen "Strategiepuzzles" sind sämtlich langfristig angelegt. Dies gilt für das prinzipielle Offenhalten des EU-Beitritts eines jeden Balkanstaates, wie es die Brüsseler Entscheidung von 1999 bezüglich einer Beitrittsperspektive für die Türkei impliziert. Dies gilt aber auch für die "versteckte Tagesordnung" des Stabilitätspakts für Südosteuropa, der ungeachtet allen kurzatmigen Aktionismus letztendlich die nie zustande gekommene Balkanföderation herbeizuführen sucht, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern wiederum als Voraussetzung und Vorstufe zur Integration in eine dann allerdings erheblich veränderte Europäische Union.

Akteure, Szenarien, Optionen

Der Problemerkern Kosovo ist – anders als die Teilprobleme in Mazedonien, Südserbien und Montenegro – durch einen hohen Grad an Feindseligkeit der beteiligten Akteure gekennzeichnet. Im Falle des Kosovos ist dies durch die doppelte Asymmetrie des Konfliktes – bis 1999 serbische Mehrheit vs. albanische Minderheit innerhalb Serbiens, seit 1999 albanische Mehrheit vs. serbische Minderheit innerhalb des Kosovos – sowie durch seine lange Dauer bedingt. Es haben sich auch beide Konfliktparteien in der heißen Phase des Konflikts gleichsam "maßgeschneiderte" Verletzungen zugefügt bzw. sich als Opfer solcher Verletzungen stilisiert sowie einander über Jahrzehnte mit nationalistischer Hassrhetorik offizieller wie offiziöser Art überzogen. Zwei Beispiele sollen dies illustrieren:

- Am 1. Mai 1985 wurde der 56 Jahre alte Serbe Djordje Martinović aus Gjilan (Gniljane) in ein Krankenhaus in Pristina (Priština) eingeliefert, wo ihm eine zersplitterte Bierflasche aus dem Rektum entfernt wurde. In den folgenden Monaten verbreitete das Belgrader Wochenmagazin "NIN" im Zuge einer breit angelegten Pressekampagne, es habe sich um die Pfählung eines Christen durch Albaner nach "muslimischem" Muster gehandelt. Nahezu jeder Absolvent einer Volksschule im Jugoslawien Titos assoziierte den "Fall Martinović" mit der ausführlichen und wissenschaftlich exakten Beschreibung der Pfählung eines Serben durch osmanische Beamte, die Nobelpreisträger Ivo Andrić in seinem als schulische Pflichtlektüre dienenden Erfolgsroman "Die Brücke über die Drina (Na Drini ćuprija)" von 1945 gegeben hatte. Das Grundmotiv des serbischen Nationalismus, nämlich die dem serbischen Schriftsteller und ehemaligen Staatspräsidenten Dobrica Ćosić zufolge "einzige Nation" zu sein, "die zu noch größeren Leiden als die Juden auserwählt" und die überdies "zeit ihrer gesamten Existenz" – nicht "nur", wie im jüdischen Fall, periodisch – "vom Genozid bedroht ist", klingt hier ebenso an wie das Amselfeld-Syndrom des moralischen Sieges in der militärischen Niederlage. Als solche wird mittlerweile nicht nur das Jahr 1389, sondern gerade auch 1999 gedeutet. Der auf ethnopolitische Konflikte spezialisierte Psychoanalytiker Vamik D. Volkan hat für autistisches Selbstmitleid dieser Art den Begriff des "gewählten Traumas" (chosen trauma) geprägt. Anders als im Falle eines akzidentellen Traumas, das therapeutisch

mit gutem Erfolg zu bearbeiten ist, bewertet er die Heilungschancen für ein "gewähltes Trauma" wesentlich geringer.

- Auf albanischer Seite sind neben einem frappierenden Grad an Stoizismus, mit dem exzessiven Grausamkeiten staatlicher Akteure im Verlauf des Kosovo-Konflikts begegnet wurde, heftige Reaktionen auf gezielte oder auch nur vermeintliche Verletzungen ganz spezifischer, als genuin albanisch empfundener Normen durch die Gegenseite zu konstatieren. Dies gilt vor allem für Selektionsvorgänge, welche die jugoslawische Armee sowie serbische Sonderpolizei und Paramilitärs quasi quer zu albanischerseits "akzeptierten" Kriterien wie Muslim/Christ, Albaner/Serbe, jung/alt, Erwachsener/Kind, Junge/Mädchen, gesund/krank oder Mann/Frau (einschließlich Ehemann/Ehefrau) vorgenommen haben sollen. So wurden Berichten zufolge im Frühjahr 1999 albanische Familienväter von serbischer Sonderpolizei aufgefordert, unter ihren Töchtern diejenige zu benennen, die nicht zum Zwecke systematischer Vergewaltigung verschleppt werden sollte – andernfalls würden alle Töchter verschleppt. Auf dem Hintergrund des traditionellen albanischen Wertekanons zu Familie, Ehre und Scham erscheint die Ungeheuerlichkeit dieses (mutmaßlichen) Vorgehens gleichsam potenziert. Auch wenn die Trennlinie zwischen Realität und "gewähltem Trauma" hier nicht eindeutig auszumachen ist, wird doch die Tiefe des Risses zwischen "uns" und "denen", zwischen Inklusion und totaler Exklusion, plastisch fassbar. Auch in diesem Fall müssten die Chancen einer "Heilung" solcher kollektiver Traumata, seien sie nun selbst erlitten oder nur selbst gehört, überaus niedrig eingeschätzt werden.

Mit anderen Worten: sowohl aus Sicht der wenigen des Bleibens willigen bzw. fähigen Serben im Kosovo (der Flüchtlinge und Vertriebenen) als auch aus derjenigen der Albaner dort ist eine Rückkehr zum gespannten, aber zugleich friktionsarmen Nebeneinander der Zeit vor 1989 derzeit weit jenseits jeglicher Vorstellungskraft. Nicht zu unterschätzen ist allerdings in diesem Zusammenhang die starke Wirkung der Generationenschichtung zumindest der albanischen Gesellschaft des Kosovo, die den mit über 60 % an unter Fünfzwanzigjährigen höchsten "Jugendsockel" Europas aufweist. Neben der abtretenden "Tito-Generation" der über Vierzigjährigen, die ihre persönliche, berufliche und politische Sozialisation im zweiten Jugoslawien erfahren und an diesen Bundesstaat nicht ausschließlich negative Erinnerungen haben, und der derzeit dominierenden "Erlebnis-" bzw. "UÇK-Generation" der Fünfundzwanzig- bis Vierzigjährigen wird die relative Bevölkerungsmehrheit bereits heute von der "verlorenen Generation" derjenigen gestellt, die jünger als 25 Jahre alt sind. Sie haben im "parallelen" Schulsystem des kosovo-albanischen "Schattenstaates" der Jahre 1990-1998 oder aber in den Bildungsstrukturen ihrer westeuropäischen Emigrationsländern eine sicher fragmentarische, jedoch primär praxisorientierte und nur wenig politisierte Ausbildung erfahren. Auch wenn es der komplizierte Alltag im zerbombten Kosovo damit nicht ganz zutreffend erfasst wird, könnte man diese große Gruppe als "Internet-Generation" bezeichnen, die in Mazedonien, Montenegro, Serbien und ansatzweise selbst in Albanien zu finden ist.

Als weiterer Faktor ist ein anderes Generationenmoment zu nennen, nämlich das politische Übergewicht der genannten, als "young leaders on the Balkans" firmierende Generation der Fünfundzwanzig- bis Vierzigjährigen, darunter an vorderster Stelle Personen und Persönlichkeiten wie der makedonische Premierminister Ljubčo Georgievski, seine albanischen und montenegrinischen "Kollegen" Ilir Meta und Milo Djukanović sowie der sich als Premier einer "Provisorischen Regierung" des Kosovo gerierende UÇK-Führer Hashim Thaçi und der Führer der makedonischen Albaner Arbën Xhaferi. Zwar gehören sie sämtlich nicht zur zukunfts- und besitzorientierten "Internet-Generation", sondern eindeutig zur Zwischengeneration der durch ihre Augenzeugenschaft des Zerfall der Parteidiktaturen und Blöcke tief Geprägten, doch bedienen sie sich untereinander unverkennbar generationsspezifischer Sprachkodes, die – neben nationalen Elementen – gemeinsame regionale Züge tragen. Zusätzlich zu Anklängen an das "Der Balkan den Balkanvölkern!" des 19. Jahrhunderts enthält dieser supraregional-transnationale Kode eine politische Vision, die der makedonische Journalist Valentin Nešovski im Juli 1999 auf die ebenso griffige wie

vorsichtige Formel "Benelux in the Balkans" gebracht hat. Ein post-jugoslawischer Benelux-Zusammenschluss, den Nešovski für Mazedonien, Kosovo und Montenegro imaginiert, wäre sicher das balkanpolitische Maximum, das die Zwischengeneration der "young leaders" bewerkstelligen könnte. Die nächste, als "EU in the Balkans" zu bezeichnende Stufe bliebe dann der "Internet-Generation" vorbehalten.

Der Hass, gar Vernichtungsdrang, den Serben und Albaner im Kosovo weiter gegeneinander hegen, findet seine indirekte Parallele auch innerhalb der albanischen Gemeinschaften. Der Riss zwischen Nord und Süd, der durch Albanien verläuft, wurde bereits genannt. Im erbitterten Antagonismus zwischen Salih Berisha, der Führungsfigur der "Demokraten", und Fatos Nano, dem Führer der "Sozialisten", ist dieser Riss personifiziert. In Mazedonien tragen die beiden großen albanischen Parteien seit 1993 einen erbitterten geheimen Kampf gegeneinander aus, wobei sie sich wechselseitig den Verrat nationaler Interessen unterstellen. Und im Kosovo tobt eine politische Schlacht zwischen der "alten" Elite um Ibrahim Rugovas "Demokratische Liga des Kosovo (LDK)" und dem Sinn Féin-ähnlichen Parteiabgänger der offiziell aufgelösten UÇK Hashim Thaçis – ein Kampf, in dem die Kontrahenten auch vor Mordandrohungen (und Mord) nicht zurückschrecken.

Aber nicht nur die albanische Mehrheit des Kosovo ist gespalten; dasselbe trifft für die serbische (Rest-)Minderheit dort zu, deren politische Vertretungen sich gegenseitig den Ausverkauf nationaler Werte vorwerfen: Die ca. 7.000 Serben in der Mitrovica-Leposaviq-Region, als deren Sprecher der Bürgermeister von Mitrovica-Nord, Oliver Ivanović, fungiert, werden von Belgrad aus gesteuert und fungieren entsprechend als verlängerter Arm Slobodan Miloševićs im Kosovo. Hingegen werden die noch ca. 30.000 Serben in den übrigen Teile des Kosovo durch den Serbischen Nationalrat (Srpsko Narodno Veće) vertreten, der aktiv im UN-geleiteten Kosovo Transitional Council mitarbeitet. Die Führungsfiguren des Nationalrates sind Momčilo Trajković, der frühere Parteichef des Kosovo und ehemalige Milošević-Anhänger, die Ärztin Rada Trajković sowie Bischof Artemije (Radosavljević) von Raška und Prizren, dem als Berater der als "Cybermonk" bekannte Vater Sava (Janjić) zur Seite steht. Zerstritten sind neben Albanern und Serben im Kosovo aber auch die dort tätigen internationalen Organisationen. Neben dem ubiquitären interblocking institutions-Syndrom ist diese Zwietracht im Fundament der internationalen Protektorsverwaltung über die Region regelrecht einbetoniert: zum einen funktioniert die Zusammenarbeit von militärischer und ziviler Komponente schlecht, da die Mandate der Kosovo Force von NATO und Russländischer Föderation (KFOR) und der von der UN geleiteten Zivilverwaltung partiell nicht kompatibel sind bzw. ihre Umsetzung defizitär ist. Dies betrifft in erster Linie die innere Sicherheit des Kosovos, die von den dort stationierten zu wenigen und häufig nicht über die notwendige Ausbildung verfügenden UN Civil Police-Angehörigen (UNCIVPOL) nicht gewährleistet werden kann, so dass KFOR Polizeiaufgaben übernehmen muss, für welche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften nicht ausgebildet sind. Zum anderen aber bedingt die komplizierte Struktur der Zivilverwaltung mit ihren zahllosen

Kompetenzüberschneidungen hohe Reibungsverluste. Der United Nations Mission in Kosovo (UNMIK) arbeiten drei weitere große Missionen internationaler Organisationen zu: UNHCR ist für Flüchtlingsrückführung und -unterbringung zuständig, die OSZE für Wahlen und Medien, die EU für wirtschaftlichen Wiederaufbau. Hinzu kommen etliche weitere Aufgaben und Funktionen, die häufig nicht einer einzelnen der genannten Organisationen, sondern zweien oder mehreren zugewiesen sind. Die Folge sind Kompetenzwirrwarr und Organisationschaos. So ist es der personell unterbesetzten UNMIK beispielsweise nicht gelungen, die Wählerregistrierung rechtzeitig abzuschließen, so dass die für den 8. Oktober 2000 geplanten Kommunalwahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit verschoben werden müssen. Personalreserven der OSZE wurden dabei aus Prestige Gründen nicht genutzt. Besonders negativ wirkt sich das mangelnde Zusammenwirken bei der Ausbildung einer Kosovo-Polizeitruppe aus. Der theoretische Teil wird dabei von der OSZE geleistet, doch der

praktische obliegt UNCIVPOL, die offensichtlich eine "Polizeiphilosophie" vertritt, die sich von derjenigen der OSZE stark unterscheidet – ein Umstand, der sich vor allem bei der wiederum von der OSZE durchgeführten Abschlussprüfung der Polizeianwärter negativ bemerkbar macht. "A stable and peaceful Kosovo" – so das Motto der militärischen und zivilen Protektoren – ist somit elf Monate nach dem Einmarsch in weiter Ferne. Die eingangs skizzierte Umleitung von UÇK-Aufstandsgewalt in kriminelle Kanäle sowie das Ausgreifen des organisierten Verbrechens von Albanien auf Kosovo sind hier ebenso als Folgen zu nennen wie die traditionelle Willkür, mit der aus Belgrad gelenkte serbische Reststrukturen im Sicherheitssektor des Mitrovicagebiets agieren.

Szenarien für die weitere Entwicklung der mehrheitlich oder minoritär albanisch besiedelten Gebiete des Balkans zu entwerfen, das ist aufgrund einer großen Zahl an Variablen naturgemäß schwer. Während die best case-Szenarien einer kosovo-albanisch-jugoslawischen Verhandlungslösung oder zumindest einer Verstetigung des Status quo aufgrund der unverminderten Spannung im Kosovo und an dessen Grenzen auszuschließen sind, ist auch die Wahrscheinlichkeit des worst case-Szenariums einer dritten Runde im Kosovokrieg mit Spillover- und Dominoeffekten für den gesamten Balkan der massiven NATO-Präsenz wegen gering. Wie akut die Möglichkeit eines Zerbrechen Rumpf-Jugoslawiens in seine beiden Teilrepubliken, gar Serbiens in seine ethnoregionalen Bestandteile ist, also in die multiethnische Wojvodina, des muslimischen Sandschak, die bulgarisch besiedelten "westlichen Randgebiete" und das engere Serbien, d.h. die Šumadija mit Belgrad, ist ebenso schwer zu messen wie die Gefahr eines neuerlichen Staatskollapses Albaniens und diejenige eines Bürgerkrieges in Montenegro mit Serbien als Kriegspartei. In einem solchen Umfeld nimmt sich ein von gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen geplagter Staat wie Mazedonien bereits als Insel der Stabilität aus.

Immerhin lassen sich mit einigem Grund diejenigen Regionen ausmachen, in denen interethnische Spannung bis zur Gewaltschwelle gestiegen ist – die Stadt Mitrovica als Tor zum heute nahezu ausschließlich serbisch besiedelten Norden des Kosovo mit den Gemeindebezirken Leposaviq, Zubinpotok, Zvečan samt Teilen Mitrovicas einerseits, andererseits die albanisch besiedelten und partiell entmilitarisierten südserbischen Gemeindebezirke Preševo und Bujanovac im Dreiländereck zu Mazedonien und Kosovo sowie das nördlicher gelegene Medvedja an der Grenze zum Kosovo.

Mit der Region nördlich Mitrovicas hat das Regime in Belgrad einen Fuß im Kosovo und verfügt somit über ein wertvolles Faustpfand für künftige Verhandlungen. Überschätzt wird indes die wirtschaftliche Bedeutung der nahe Mitrovica gelegenen und hochgradig modernisierungsbedürftigen Trepça-Mine, die neben Zink und Blei auch Gold und Silber fördert. Von potentieller Brisanz der geostrategischen Lage des Nordkosovo ist die unmittelbare Nachbarschaft serbischen Teil des Sandschak mit dem Hauptort Novi Pazar – eine Region, die in ethnischer, religiöser und auch geographischer Hinsicht die Brücke zwischen dem muslimischen Kosovo und dem muslimischen Teil Bosnien-Herzegowinas bildet. Gerade aufgrund dieser Faustpfandfunktion Nordkosovos dürfte die UÇK in Gestalt ihres Ablegers "Befreiungsarmee von Presheva, Bujanovc und Medvegja" (Ushtria Çlirimtarë Presheva, Bujanovc ve Medvegja – UÇPBM) seit Beginn des Jahres 2000 in Südserbien politisch und militärisch aktiv geworden sein. Strategische Bedeutung kommt hier vor allem den mehrheitlich von Albanern bewohnten Gemeindebezirken Preševo und Bujanovac zu, da über deren Territorium sowohl die Autobahn M 4 als auch die internationalen Bahnstrecken Athen-Skopje-Belgrad-Budapest bzw. Zagreb/Agram und München verlaufen. Dabei handelt es sich um die einzige ausgebaute Nord-Süd-Querung des Balkans, die ihre nördliche Fortsetzung entlang der Morava in die Šumadija und nach Belgrad, ihre südliche entlang des Vardars an die Ägäis findet. Die Konfrontation zwischen albanischer Guerilla und serbischer Polizei in den drei Gemeinden ist "importiert", sind doch die interethnischen Beziehungen hier in den vergangenen Jahren ungleich spannungsärmer als im benachbarten Kosovo

gewesen. Die albanische Regionalpartei ist in der Belgrader Skupština Bundesparlament vertreten und die Bürgermeister von Preševo und Bujanovac sind Albaner. Was Optionen für die Lösung der Probleme zwischen Albanern und Nicht-Albanern in den Staaten des Balkans betrifft, so können diese auf Kosovo beschränkt werden, sind doch in Albanien, Mazedonien und Montenegro, ja selbst in Serbien solche Lösungen bereits gefunden. Fest steht, dass aus kosovo-albanischer Sicht die bis Rambouillet und Paris ventilierten Modelle "1974", "1974 Plus" bzw. "Südtirol", "Dritte Teilrepublik der BR Jugoslawien", "Balkania" als Staatenbund unter Einschluss Kosovos und Serbiens sowie schließlich Regionalisierung Serbiens bzw. Kantonalisierung Kosovos sämtlich überholt sind. Stattdessen ist das ursprünglich von Ibrahim Rugova proklamierte Ziel einer unabhängigen "Republika Kosova" erneut aktuell, ob nun als Vorstufe zu einer ("Wieder"-)Vereinigung mit Albanien oder nicht. Eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen unklaren Protektoratsstatus und/oder ein maßgeschneiderter völkerrechtlicher Sonderstatus sind in dieser Sicht nur dann überhaupt diskutabel, wenn damit eine klare Perspektive auf einen Beitritt zur Europäischen Union verknüpft ist.

Epilog

Im September 1996 fand im Aspen Institut Berlin eine internationale Konferenz über die Entwicklung auf dem Balkan statt, auf welcher der US-amerikanische Südosteuropahistoriker Ivo Banac von der Yale University ein flammendes Plädoyer für die Rückführung eines jeden einzelnen Flüchtlings der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina an den Ort, von dem er oder sie vertrieben oder geflohen war. Alles andere, so Banac, käme einer Belohnung des Aggressors und einer Sanktionierung von Unrecht gleich. Im April 2000 hielt in der American Academy Berlin, nur wenige Kilometer Luftlinie vom Aspen-Institut entfernt, ein anderer US-amerikanischer Südosteuropahistoriker, nämlich Gale Stokes von der Rice University, einen Vortrag zum Thema "Balkan Solutions", in dem er ebenfalls einen Weg zur Lösung der Konflikte im zerfallenen Jugoslawien beschrieb: "die Staatsgrenzen auf dem Balkan entlang ethnischer Linien neu zu ziehen".

Zwischen diesen Extremen bewegt sich internationale Politik in Südosteuropa, wobei es mitnichten einen "goldenen Mittelweg" gibt. Vielmehr muss für jeden einzelnen ethnopolitischen Konflikt, und sei er anscheinend noch so unbedeutend und klein, eine individuelle Lösung maßgeschneidert werden. Diese kann durchaus die Rückführung von Flüchtlingen beinhalten, wie von Banac gefordert; sie kann aber ebenso eine Verschiebung existierender Staatsgrenzen einschließen, wie von Stokes empfohlen. Im konkreten Falle des Kosovo wäre entsprechend über einen Gebietstausch zwischen Pristina und Belgrad nachzudenken: Nordkosovo mit Mitrovica gegen "Ost-Kosovo" um Bujanovac und Preševo etwa. "There is nothing inevitable about inter-ethnic conflict in the Balkans or elsewhere", konstatierte Max van der Stoep, OSZE-Hochkommissar für Nationale Minderheiten, auf einer internationalen Konferenz im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa im slowenischen Portorož am 16. März 2000, um fortzufahren: "It is man-made and can be prevented by mankind." Voraussetzung ist allerdings der politische Wille hierzu, gelegentlich auch der Mut zum Bruch internationaler Tabus. Die NATO hat am 23. März 1999 diesen Mut bewiesen; jetzt muss sie im Verbund mit anderen internationalen Organisationen sowie gegen den mutmaßlichen Widerstand der Russländischen Föderation die Frage des zukünftigen Status des Kosovo verhandeln sowie letztendlich eine Entscheidung treffen.

Politikempfehlungen

- Der approach der Staatengemeinschaft an die Krise des Balkans einschließlich ihrer beträchtlichen albanischen Bestandteile muss ein einheitlicher, also gesamtbalkanischer sein, wie dies der Stabilitätspakt vorgezeichnet hat. Nur im Konvoi, so die zu verbreitende Botschaft, haben die Staaten des Balkans eine Chance,

"nach Europa" zu gelangen. Ein "Abhängen" von "Schurkenstaaten" kann es dabei nicht geben, würde doch durch Fortbestehen solcher "schwarzen Löcher" die Stabilisierung der Gesamtregion verhindert und damit die Integration in gesamteuropäische Strukturen gefährdet. Die Hochrisikopolitik des Regimes in Belgrad, so diese Botschaft, ist nicht das ausschließliche Problem der serbischen Opposition, Montenegros oder der post-jugoslawischen Staaten insgesamt, sondern in mindestens ebensolchem Maß dasjenige der unmittelbaren Nachbarn von Ungarn über Rumänien bis Bulgarien sowie gerade auch des nur in vermeintlich sicherer Entfernung befindlichen "Sympathisanten", nämlich Griechenlands. Gerade dieses EU- und NATO-Mitglied muss, zur Übernahme subregionaler Verantwortung angehalten werden, was das Hintansetzen realer oder vermeintlicher nationaler Interessen beinhalten kann.

- Zugleich jedoch ist es seitens der internationalen Gemeinschaft erforderlich, gegenüber den Staaten und Gesellschaften der Region, die eine starke albanische Dimension aufweisen, neue Herangehensweisen zu entwickeln. Bezüglich Albanien ist dies seit 1997 der Fall; mit Blick auf Mazedonien und den starken albanischen Bevölkerungsanteil dort ist dies ebenfalls geschehen; und auch bezüglich Montenegros sind Ansätze hierzu erkennbar. Die Schwachstelle ist das Kosovo. Nur wenn es gelingt, bald eine reale Perspektive für eine Eigenständigkeit sui generis zu schaffen – was nicht notwendigerweise Unabhängigkeit bedeutet – kann langfristig eine Sogwirkung pan-albanischer Parolen neutralisiert werden. Ziel westlicher Politik muss es sein, gleich dem Makedonischen Fall auch im Falle des Kosovos mittels Kombination von politischen Partizipationsmöglichkeiten mit wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten einen rational choice-Effekt hervorzurufen, der sich bei einer Güterabwägung zugunsten des Spatzes in der Hand und zuungunsten der Taube auf dem Dach auswirkt. Die Chimäre "Großalbanien" gibt im äußerlich zerstörten und innerlich zerrissenen Kosovo nur auf, wem eine handfeste Alternative dazu geboten wird. Generell ist das unter Albanern weitverbreitete Gefühl zu zerstreuen, sie würden von der Staatengemeinschaft als Balkanbewohner zweiter Klasse und von ihren Nachbarn mit einer an Rassismus grenzenden Aversion behandelt.
- Diesbezüglich sind umgehend konkrete Maßnahmen zu ergreifen, zu denen die von Tirana geforderte Möglichkeit zur Eröffnung eines Generalkonsulats in Pristina, die Wiedereröffnung des im Januar 2000 von der Armee Jugoslawiens geschlossenen Grenzübergangs zwischen Albanien und Montenegro sowie der Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Kosovo und Nordalbanien ebenso gehört wie die Entschädigung für die Enteignung der 1944 vertriebenen ca. 35.000 muslimischen Albaner der Çamëria-Region im griechischen Epirus-Gebirge.
- Der Rahmen zur Beratung über eine Eigenständigkeit sui generis für Kosovo muss eine von der internationalen Gemeinschaft unter Einschluss sämtlicher Staaten der Region Südosteuropa einzuberufende internationale Kosovo-Konferenz sein. Gastländer einer solchen Konferenz könnten bündnispolitisch und zugleich in anderer Hinsicht neutrale Staaten wie Finnland, die Ukraine oder Israel sein. Zwar ist der Kosovo-Konflikt auch nach seiner zweiten Kriegsrunde eindeutig nicht "ripe for resolution" in William Zartmans Definition, doch kann ein solcher kairo angesichts der Viskosität sowohl der Politik des gegenwärtigen Regimes in Belgrad wie überdies der Machtverhältnisse in der BR Jugoslawien und ihrer Teilrepublik Serbien schneller eintreten als momentan vorstellbar. Noch vor Einsetzung der International Conference on Kosovo ist der Klärungsprozess darüber zu initiieren,

- a. was der Gegenstand einer solchen Konferenz sein soll – nur Autonomielösungen (und falls ja: nur innerhalb Serbiens oder auch innerhalb der BR Jugoslawien) gemäß UN-Sicherheitsratsresolution 1244 (1999) oder die gesamte denkbare Palette bis hin zu Eigenstaatlichkeit, Bundesstaat und Staatenbund einschließlich einvernehmlicher Grenzänderungen – und
- b. welche Konfliktparteien vertreten durch wen am Konferenztisch sitzen.

- Das Schwert des Internationalen Gerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, das sich in der balkanischen Binnensicht um ein Vielfaches schärfer ausnimmt als in der Außenperspektive, muss umgehend auch bezüglich der Belgrader Kosovopolitik der Jahre 1991-2000 sowie der kosovo-albanischerseits begangenen Kriegsverbrechen genutzt werden. Zugleich ist es dringend erforderlich, dass die Frage der mehreren tausend in Gefängnissen in der jugoslawischen Teilrepublik Serbien festgehaltenen, seinerzeit verschleppten Kosovo-Albaner durch Druck der Staatengemeinschaft in rechtsstaatlich-humanitärem Sinne beantwortet wird.

- Die Tätigkeit von UNMIK und ihrer diversen "Säulen" einschließlich der Zusammenarbeit mit KFOR seit dem Juni 1999 insgesamt sowie bezüglich einzelner Politikfelder sollte einer eingehenden Evaluierung seitens internationaler Expertenteams unterzogen werden. Die Evaluierungsergebnisse sollten anschließend im Rahmen einer nicht-öffentlichen UNMIK Review Conference gesichtet und beraten sowie entweder in Weisungen an UNMIK und ihre Untergliederungen umgemünzt werden oder aber die Grundlage eines gänzlich neuen set-up der Protektoratsverwaltung bilden. Die extreme Eile, mit der nach dem Kumanovo-Abkommen vom 3. Juni 1999 UNMIK gebildet wurde, kann im letztgenannten Fall als plausible Erklärung dafür dienen, dass eine völlig neue Organisationsstruktur vonnöten ist.

Stefan TROEBST
Geisteswissenschaftliches Zentrum für
die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Leipzig